

Der grauenhafte Tod von Jeremy Cohen könnte Frankreichs Präsidentenwahlen mitentscheiden

Ein junger, leicht behinderter Jude wird von 15 Männern in einem Pariser Vorort schwerstens misshandelt, flüchtet und wird von einer Straßenbahn überfahren. Sein Tod könnte den ersten Durchgang der französischen Präsidentenwahlen am kommenden Sonntag mitentscheiden. In Umfragen rückt Marine Le Pen dem Amtsinhaber Emmanuel Macron immer näher.

Von Danny Leder, Paris

Und wieder stellt sich die französische Öffentlichkeit die Frage, ob ein junger Mensch sein Leben verlor, weil er Jude war. Wie erst jetzt, ganz knapp vor dem ersten Durchgang der französischen Präsidentenwahl (am kommenden Sonntag, den 10. April) bekannt wurde, ist am 17. Februar der 31jährige, leicht behinderte Jeremy Cohen vor einem Hauseingang im Pariser Vorort Bobigny von etwa 15 Männern schwerstens misshandelt und danach, auf der Flucht, von einer Straßenbahn überfahren und dadurch getötet worden.

Wenn sich die weit verbreitete Annahme, dass Jeremy eine Kippa trug und deswegen gepeinigt wurde (ihm waren, unter anderem, zehn Zähne ausgeschlagen worden und in der Nähe des Tatorts wurde eine Kippa gefunden), bestätigen sollte, würde es sich um die vierzehnte Person handeln, die seit 2003 in Frankreich in Folge eines antijüdischen Angriffs zu Tode kommt. Zu diesen Attacken zählen sowohl Attentate auf jüdische Einrichtungen als auch Nachbarschaftsmorde. Das prozentual winzige jüdische Bevölkerungssegment (rund 0,6 Prozent der Einwohner Frankreichs) erleidet seit etwa zwei Jahrzehnten die meisten Anfeindungen und Übergriffe, die die Behörden als rassistisch einstufen. Bei den Tätern handelte es sich bisher ausnahmslos um junge Muslime.

Der Tod von Jeremy Cohen hat jetzt im Wahlkampf voll eingeschlagen. Präsident Emmanuel Macron hat die Eltern von Jeremy angerufen und ihnen die volle Aufklärung des Geschehens zugesichert, alle namhaften politischen Rivalen von Macron haben ihre Empörung geäußert.

Die Nationalpopulistin Marine Le Pen, die laut Umfragen in der Zielgeraden dem amtierenden Staatschef ganz nahe gerückt ist, hat die Frage aufgeworfen, ob hier nicht anfänglich „eine antisemitische Tat absichtlich als Unfall dargestellt wurde“. Sie fordert eine parlamentarische Untersuchung bezüglich

der, ihrer Meinung nach, verzögerten Information über dieses „grauenhafte Verbrechen“.

Der enthüllende Video-Streifen

Tatsächlich ist dieses Geschehen erst an die Öffentlichkeit gelangt, nachdem der Vater von Jeremy den rechtsradikalen Präsidentschaftskandidaten Eric Zemmour diesbezüglich angeschrieben hatte. Zemmour hatte daraufhin (gegen den Willen des Vaters) eine Video-Aufnahme von der Misshandlung von Jeremy ins Netz gestellt, die inzwischen millionenfach abgerufen wurde.

Dieser Video-Streifen stammt von einem Anrainer und wurde erst von den zwei Brüdern von Jeremy ausfindig gemacht, als diese auf eigene Faust in Bobigny Recherchen anstellten. Die Polizei hatte sich bis dahin mit der Version eines Unfalls begnügt und keine weiteren Nachforschungen betrieben. Inzwischen hat die Justiz die nötigen Untersuchungen eingeleitet, nach dem Täter wird gefahndet. Dabei könnte es sich um eine Gruppe gehandelt haben, die sich vor dem betreffenden Hauseingang geschart hatte, um mit Drogen zu dealen. Noch ist unklar, durch welchen Umstand das Opfer den Weg dieser Leute kreuzte.

Jeremy litt an einer Art von mentaler Verlangsamung im Umgang mit anderen Menschen, er erwies sich gleichzeitig als brillanter Denker namentlich auf den Gebieten der Physik und Mathematik. Seine Schulzeit, die er an einem französischen Gymnasium in Jerusalem verbrachte, beendete er mit einem Abitur mit Auszeichnung. Seine Eltern und Freunde beschreiben ihn als sensiblen Einzelgänger, der öfter als andere in eine eigene Sphäre abtauchte, aber nicht förmlich als Autist diagnostiziert worden war. Er stand eine Zeitlang wegen einer Depression unter Betreuung. Er hatte auch eine leichte körperliche Behinderung.

Linkstribun Melenchon auf Abwegen

Der Fall erinnert unweigerlich an die Ermordung dreier Kinder und eines Lehrers in einer jüdischen Schule in Toulouse und zuvor von zwei französischen (und muslimischen) Soldaten durch den franko-algerischen Dschihadisten Mohammed Merah im März 2012. Diese Verbrechen ereigneten sich ebenfalls knapp vor einer Präsidentschaftswahl. Der Linkstribun Jean-Luc Melenchon, der sich damals geweigert hatte an den Trauerdemonstrationen teilzunehmen (die den Wahlkampf im Einverständnis mit allen übrigen Kandidaten kurz unterbrachen),

erging sich erst im Vorjahr in verschwörungsschwangeren Andeutungen über das zeitliche Zusammentreffen zwischen den Morden von Merah und dem Präsidentenwahlkampf: „In der letzten Woche vor den Präsidentenwahlen werden wir wieder einen Mord erleben... das ist alles schon im Voraus geschrieben“.

Unter diesen Voraussetzungen ist es nicht weiter verwunderlich, dass Melenchon bei vernünftigen Teilen der Linken und bei großen Teilen der französischen Juden in Verruf geraten ist. Und dass er vermutlich bei seiner Aufholjagd gegenüber Marine Le Pen, als in den Umfragen bestgereihter Linkskandidat wie schon 2017, scheitern wird. Er lag zuletzt bei rund 16 Prozent.

Auch die Präsidentschafts-Kandidatur von Eric Zemmour, der Marine Le Pen rechts überholte, kann laut Umfragen als gescheitert betrachtet werden. Er bewegt sich derzeit in Umfragen bei etwa 11 Prozent. Zemmour hat ungeniert so ziemlich alle rechtsradikalen Kennmerkmale angekreuzt und dabei auch geschichtsrevisionistische Ansagen, die nur mehr in antisemitischen Sekten in Umlauf sind, übernommen (siehe: <https://www.hagalil.com/2021/11/zemmour/>). Das trug zu seinem Rückfall in den Umfragen von zeitweilig über 16 auf rund elf Prozent bei. Auch alle relevanten Führungspersönlichkeiten jüdischer Institutionen und Gemeinden sprachen sich dezidiert gegen ihn aus.

Aber Zemmour, der aus einer jüdischen Familie aus Algerien stammt und zu den hohen Feiertagen eine Synagoge aufsucht, hat durch sein vehementes Eintreten gegen die Ausbreitung des Islams in Frankreich bei einem, schwer quantifizierbaren Teil der jüdischen Gläubigen gepunktet. Das ist auch nicht weiter erstaunlich, wenn man bedenkt, dass mehrere tausend jüdische Familien aus ihren ursprünglichen Wohngebieten weggezogen, um dem Dauermobbing und der Bedrohung durch muslimische Jugendliche in ihrer Nachbarschaft zu entkommen. Jetzt hat auch Zemmour, weil er von Gerald Cohen, dem Vater von Jeremy, direkt angeschrieben wurde, als erster Politiker die Frage aufgeworfen, ob „Jeremy starb, weil er Jude ist“.

Auftrieb für Marine Le Pen

Es ist aber wahrscheinlich, dass das Geschehen eher Marine Le Pen weiteren Auftrieb verleihen dürfte, zumal sie, ähnlich wie Zemmour reagierte und ebenso, in den Augen ihrer Anhänger, für eine besonders harte Bekämpfung

der Gewaltkriminalität in den Vororten steht. Vor allem ist Marine Le Pen jetzt in den Umfragen für den ersten Wahlgang mit über 20 Prozent am nächsten zu Macron (etwa 26 Prozent) vorgerückt. Für die Stichwahl am 24. April prophezeit eine Umfrage sogar ein sehr knappes Duell: demnach stünde es zwischen Macron und Marine Le Pen nur mehr 52 zu 48 Prozent. Eine derartig schmale Differenz gilt bei Meinungsforschern als höchst unsichere Vorausschau, weil sie sich im Rahmen einer relevanten Fehlerquote bewegt.

Der neuerliche Auftrieb der Nationalistin speist sich aus mehreren Faktoren: der Radikalismus von Zemmour hat Marine Le Pen im Gegenzug als moderater und wählbarer erscheinen lassen. Das hat zumindest für einen Teil der Öffentlichkeit die Glaubwürdigkeit ihrer Bestrebungen erhöht, sich vom Erbe ihres weiter rechts stehenden Vaters, dem Parteigründer Jean-Marie Le Pen, zu distanzieren (sie hatte ihn sogar aus ihrer Partei ausgeschlossen). In ihrer Propaganda hat sie vor allem soziale Anliegen und namentlich den Kaufkraftverlust durch die jüngsten Preissteigerungen in den Vordergrund gerückt.

Damit wetzt sie in den alten und neuen Wunden des liberalen Amtsinhabers Macron. Dieser hat zwar wirtschaftliche Erfolge verbucht, wobei vor allem die Reduzierung der chronisch hohen Arbeitslosenrate auf unter acht Prozent und die massive Ausschüttung von Überlebenshilfen für Betriebe und kleine Selbständige während der Covid-Krise hervorstechen. Aber sein anfängliches steuerpolitisches Entgegenkommen gegenüber höheren Einkommen und Unternehmen, gemixt mit ein paar verächtlichen Sprüchen für weniger erfolgreiche Zeitgenossen, hat Macron nachhaltig den Ruf eines „arroganten Präsidenten der Reichen“ beschert. Der monatelange Aufstand der „Gelbwesten“, der zeitweilig laut Umfragen von einer Mehrheit der Bevölkerung mit Sympathie betrachtet wurde, hat bei einem beträchtlichen Teil der Franzosen die Verbitterung gegenüber Macron nur noch verstärkt.

Und jetzt, im Wahlkampf, kamen Ankündigungen Macrons dazu, die möglicherweise einen Teil seiner Wähler aus der linken Mitte und jene, die in den nächsten Jahren vor dem Rentenantritt stehen, zumindest verunsichert haben könnten: darunter die schrittweise Anhebung des Antrittsalters für eine Vollpension von 62 auf 65 Jahre und die Einführung verpflichtender Arbeit oder Ausbildung für die erwerbslosen Beziehler öffentlicher Grundeinkommen – beides Maßnahmen, die auch vom gemäßigten, sozialdemokratischen Gewerkschaftsbund CFDT abgelehnt wurden.

Sorge im Lager von Macron vor einer „Panne“

Macron hat zwar versucht bei seiner jüngsten und einzigen großen Wahlversammlung diese Ankündigungen wieder auszubügeln und dem linken Teil seiner Wähler zu umschmeicheln: so zählte er eine ganze Serie von sozialpolitischen Versprechen auf, darunter die Erhöhung der Mindestpension und zusätzliche Stützen für alleinerziehende Mütter. Und um diese Botschaft nach links noch zu unterstreichen, geißelte Macron „die großen Konzerne, die an Stelle der Nationen entscheiden wollen“ und die „Deregulierung des Kapitalismus“. Die Sparmaßnahmen dürften auch nicht „auf Kosten jener Franzosen gehen, die sich in den prekärsten Verhältnissen befinden“, beteuerte Macron.

Aber es ist ungewiss, ob dieser Schlingerkurs bei dem Zielpublikum auch ankommt. Im Umkreis von Macron wird die Sorge darüber offen zur Schau gestellt, dass sich der Abstand zwischen dem Präsidenten und Marine Le Pen in den Umfragen verringert hat, und dass eine „Unfall“, sprich ein Sieg der Nationalistin, nicht mehr auszuschließen wäre. Das mag eine nur halb ernst gemeinte Dramatisierung der Wahl sein, damit die Anhänger von Macron nur ja nicht die Wahl vor lauter Zuversicht schwänzen. Aber es stimmt schon, dass der kurzfristige, staatsmännische Höhenflug Macrons in den Umfragen unmittelbar nach dem Angriff Putins auf die Ukraine inzwischen wieder rückläufig ist. Und dass Macron weder über ein begeisterndes neues politisches Angebot noch über eine relevante Aktivisten-Basis verfügt. Die Ministerriege von Macron appelliert deswegen jetzt auch verstärkt an das Gewissen und die moralischen Grundsätze der Wähler, indem sie die Nähe von Marine Le Pen zu Wladimir Putin hervorstreichen. Eine Nähe, die Marine Le Pen zuletzt herunterzuspielen versucht und dabei aber gleichzeitig noch immer eine gewisse Ambivalenz im Verhältnis zu Russland durchblicken lässt.

In diesem Wendungsreichen, rasenden Wettlauf um die Wählergunst könnte der Tod von Jeremy Cohen durch die Verschiebung weniger Prozentpunkte über den Ausgang der Wahlen entscheiden. Macron hat schon seit langem all sein Gewicht in den Kampf gegen den radikalen Islamismus und gegen den damit einhergehenden tödlichen Judenhass geworfen. Sein Innenminister hat die Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Gewalt und Straßensriminalität verstärkt. Das ist aber eine Gratwanderung, wenn man umgekehrt Polizei-Übergriffe nicht noch weiter anwachsen lassen will und im Rahmen des demokratischen Rechtsstaats verbleiben möchte. Marine Le Pen würde diesen, von der EU und der französischen Verfassung vorgegebenen Rahmen sprengen.

Eine der zentralen Fragen lautet nunmehr, wie viele französische Wähler bereit sind, Marine Le Pen auf diesem Weg zu folgen, weil sie die Bedrohung für zu groß und den Verfassungsrechtlichen Rahmen für zu einschränkend halten.